

# WWF-BEWERTUNG DES G7 LEADERS' KOMMUNIQUÉS 2022

zu den Themen Klimapolitik und Sustainable Finance



## WWF-BEWERTUNG des G7 Leaders' Kommuniqués 2022

### Klimaschutzpolitik

## 1. Verpflichtung zur Ambitionssteigerung bei nationalen Klimabeiträgen (NDCs)

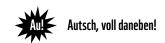


Zwar erkennen die G7-Staaten an, dass die Erderhitzung auf 1,5 °C begrenzt werden muss.

Allerdings hat nach wie vor keines der G7-Länder ein NDC vorgelegt, das mit der 1,5°C-Grenze bis 2030 vereinbar ist. Bis zur nächsten internationalen Klimakonferenz COP27 müssen die Länder ihre Klimaziele überarbeiten und eine glaubwürdige Strategie vorlegen, wie sie einen 1,5°C-Pfad verfolgen werden und Emissionen schneller senken. Hier können sektorale Ansätze eine Rolle spielen, aber nur als Teil einer umfassenden Strategie.

Außerdem müssen die G7-Staaten ihre Netto-Null-Ziele überarbeiten, sie müssen bereits weit vor dem Jahr 2050 Klimaneutralität erreichen. Gleichzeitig braucht es nicht nur Klimaschutzmaßnahmen in ihren eigenen Ländern, sondern auch internationale Klima- und Energiepartnerschaften. Die Initiativen die von den G7 angestoßen wurden, müssen mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterfüttert werden.







### 2. Ausstieg aus fossilen Energien und Subventionen

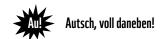


Statt das notwendige klare Signal für den Ausstieg aus fossilen Energien und die Beschleunigung der Energiewende zu setzen, wird ein Rahmen für die Förderung neuer fossiler Gasprojekte gesetzt.

Im Bekenntnis zur Beendigung der internationalen fossilen Finanzierung bis Ende 2022 wird die Ausnahme für LNG-Projekte in einem Atemzug genannt. Damit lassen die G7 den Klimaschutz gegenüber Belangen der Energiesicherheit deutlich in den Hintergrund treten. Nur die wenigsten Gasprojekte werden zur Wahrung der Energiesicherheit notwendig sein und im Einklang mit der 1,5 °C-Grenze stehen.

Positiv zu sehen ist, dass sich die G7 dazu bekennen, ihre Stromsysteme bis 2035 vollständig oder überwiegend zu dekarbonisieren. Der Fokus der Umsetzung muss auf der vollständigen Dekarbonisierung liegen und mit dem IEA Netto-Null Szenario verknüpft werden. Der Zusage zur Beendigung der Kohleverstromung fehlt ein klares Enddatum: Die G7 hätten sich zum Kohleausstieg bis 2030 bekennen sollen. Bereits seit vielen Jahren gibt es seitens der G7- und G20-Staaten den Beschluss, bis 2025 die fossilen Subventionen zu beenden, der nun endlich umgesetzt werden muss. Dafür braucht es die regelmäßige Fortschrittsberichterstattung ab dem Jahr 2023. Eine Fokussierung auf "ineffiziente" fossile Subventionen ist überflüssig, da alle fossilen Subventionen klimaschädlich und damit ineffizient sind.







#### 3. Glaubwürdigkeit bei der internationalen Klimafinanzierung

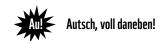


Die G7-Staaten haben es versäumt, Fortschritte bei der Zusage der Industrieländer zu machen, von 2020 bis 2025 jährlich USD 100 Mrd. für die internationale Klimafinanzierung bereitzustellen.

Der angekündigte Fortschrittsbericht über die Umsetzung der Finanzzusage im Vorfeld der COP27 ist notwendig, aber gleichzeitig müssen schnell konkrete Maßnahmen folgen, um Vertrauen zwischen den Vertragsparteien aufzubauen. Die Ankündigung der G7-Staaten ihre Finanzmittel für die Klimaanpassung zu verdoppeln, um ein Gleichgewicht zwischen der Finanzierung für Klimaschutz und für Anpassung zu erreichen, ist ein erster wichtiger Schritt. Allerdings müssen die Industriestaaten auch noch die seit 2020 bestehende Lücke zu den USD 100 Mrd. ausgleichen und sich auf ein angemessenes neues Finanzierungsziel für die Zeit nach 2025 einigen. Dabei sollten die G7-Staaten die vulnerablen Länder unterstützen, ihren tatsächlichen Bedarf für Klimaschutz, Anpassung sowie Schäden und Verluste zu ermitteln. Hier hat der G7-Gipfel keine Fortschritte erzielt.

Darüber hinaus sollten alle G7-Länder mit gutem Beispiel vorangehen und die notwendigen innenpolitischen Maßnahmen ergreifen, um eine Ausrichtung der Finanzströme auf den 1,5 °C-Pfad zu fördern, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die obligatorische Offenlegung klimabezogener Kosten und Chancen durch einen angemessenen Kohlenstoffpreis.







#### 4. Verantwortung für Schäden und Verluste



Als Hauptverursacher der Klimakrise und reichste Wirtschaftsnationen ist es ein längst überfälliger Schritt, dass die G7-Staaten anerkennen, dass sie schutzbedürftige Länder bei der Bewältigung von wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Schäden und Verlusten durch den Klimawandel mehr unterstützen müssen.

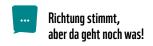
Die G7-Länder müssen sich für die Schaffung geeigneter Instrumente zur Finanzierung einsetzen und Mittel bereitstellen, die den Problemen angemessen sind und auf dem Prinzip der gemeinsamen Verantwortung und unterschiedlichen Fähigkeiten basieren. Dabei müssen sie sich über den globalen Schutzschild gegen Klimarisiken hinaus bei der COP27 für eine Fazilität zur Finanzierung von klimawandelbedingten Schäden und Verlusten einsetzen.

#### 5. Klima Club

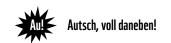


Ein Klima Club mit gerechtem und freiem Zugang, auch für andere Länder als die G7-Staaten, kann ein nützliches diplomatisches Instrument sein, um eine ehrgeizige Klima- und Energiepolitik voranzubringen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Vorschläge mit Leben gefüllt und eine Einigung auf einen gemeinsamen Kohlenstoffpreis erreicht werden können. Eine deutlichere Abgrenzung zu Instrumenten wie dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) wäre notwendig gewesen, um zu verdeutlichen, dass ein Klima Club auf freiwilliger Basis nur ein zusätzliches Instrument sein, aber verbindliche Vereinbarungen nicht ersetzen kann. Wir begrüßen, dass sich die G7-Staaten zur Dekarbonisierung der Industrie und zur Umsetzung der Industrial Decarbonization Agenda (IDA), sowie zur Schaffung von Leitmärkten für grüne industrielle Produkte bekennen.









#### 6. Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)



Um die Rolle der EU bei der Senkung der globalen Emissionen zu betonen wäre ein ausdrücklicher Verweis auf die EU-Klimapolitik notwendig gewesen.

Für die Schaffung von Anreizen für Emissionsreduzierungen innerhalb der EU und für Klimamaßnahmen auf globaler Ebene, darf der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene CBAM nur als Alternative zu den derzeitigen Maßnahmen zum Schutz vor Carbon Leakage eingeführt werden und nicht zusätzlich. Dies betrifft z. B. die kostenlose Zuteilung von Emissionshandelszertifikaten im Rahmen des Emissionshandelssystems (ETS).

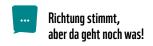
Eine parallele Beibehaltung der kostenlosen Zuteilung von ETS-Zertifikaten, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen (der Vorschlag sieht ein schrittweises Auslaufen der kostenlosen ETS-Zertifikate für die unter die CBAM-Verordnung fallenden Sektoren bis 2035 vor), würde die notwendigen Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie erheblich verzögern. Um sicherzustellen, dass die EU ihren Beitrag zur Dekarbonisierung der Länder des globalen Südens erhöht, sollten alle CBAM-Einnahmen in die internationale Klimafinanzierung und die Unterstützung des globalen Südens zurückfließen.

#### 7. Monitoring systeme

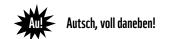


Das angekündigte Ziel eines Klima Clubs, auch Mechanismen der Berichterstattung beim Fortschritt zur Klimaneutralität zu stärken, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Allerdings sollte ein solcher Mechanismus nicht auf die G7-Staaten bzw. die Mitglieder des Klima Clubs begrenzt sein und auf Monitoringsysteme für alle Initiativen im öffentlichen wie privaten Sektor ausgeweitet werden.









#### 8. Wasserstoffstrategie

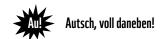


Die G7-Staaten haben es versäumt, im Hinblick auf die Energiesicherheit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz und damit der Nachfragereduzierung Vorrang vor der reinen Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen einzuräumen.

Der Ausbau von LNG sollte auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden, um die rückläufigen russischen Gasimporte auszugleichen. Dabei Lock-in Effekte für fossile Projekte zu riskieren, ist nicht akzeptabel. Über den neu gebildeten "Hydrogen Action Pact" (G7-HAP) kohlenstoffarmen ("low-carbon") Wasserstoff, der auch durch Erdgas und Atomkraft erzeugt wird, einen gleichberechtigten Hochlauf neben grünem Wasserstoff zu ermöglichen, ist keine Option. Grüner Wasserstoff muss klaren Vorrang haben. Für die im G7-HAP angesprochenen Nachhaltigkeitskriterien für die Produktion von Wasserstoff, braucht es eine ambitionierte und verbindliche Ausgestaltung.

Wir fordern die G7-Staaten nachdrücklich auf, einen Zeitplan zur Umsetzung solcher Kriterien zu erstellen sowie Klimaschutz-, Umwelt-, sozioökonomische und politische Kriterien beim Handel von Wasserstoff und -derivaten einzubeziehen, wie z.B. die Vereinbarkeit mit lokalen Klimaschutz- und Erneuerbaren-Strategien, die Sicherung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards und die Einbeziehung und den Nutzen für lokale Akteure.







## WWF-BEWERTUNG des G7 Leaders' Kommuniqués 2022

#### **Sustainable Finance**

## 1. Transformationspläne von Unternehmen und Finanzinstitutionen zur Grundlage von Unternehmensberichten machen



Anders als die G7 Finanzminister:innen, die begrüßenswerterweise Transformationspläne und Zielsetzungen von und für Markt- und Finanzakteure explizit aufgegriffen haben, wird dies im finalen Communiqué verpasst. Es ist jedoch bei weitem unzureichend, nur die Marktakteure zum Setzen derartiger Ziele und Umsetzungsstrategien einzuladen, ohne ihnen einen klaren Rahmen und Anforderungen zu setzen.

### 2. Datenversorgung für Märkte sichern



Die G7 verpassen es unter deutscher Präsidentschaft, die Wirtschaft und das Finanzsystem mit den erforderlichen Regeln für eine wirkliche Umsetzung der Transformation auszustatten.

Eine Datenversorgung in Qualität, Kosten, Zugänglichkeit, Vergleichbarkeit und letztlich einem täglichen Regelbetrieb, wird entscheidend dafür sein, ob Unternehmen und Finanzmärkte, Entscheidungen über Transformationspläne an den Klimazielen umfassend ausrichten können. Diese internationale Dateninfrastruktur und deren Leitprinzipien zu vereinbaren wurde verpasst.







## 3. Internationale Berichtsstandards auf dem erforderlichen Niveau harmonisieren



Das International Sustainability Standards Board (ISSB), also den neuen Standardsetzer für Nachhaltigkeitsinformationen, nur zu begrüßen, ohne ihm klares Mandat, Erwartungen und Ziele zu geben, beschränkt das Gremium auf das Setzen von Mindestniveaus.

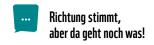
Die G7-Einigung auf diese "Baseline-"Mindestversorgung kann nur ein kleiner, erster Schritt sein. Verpflichtendes Klimafinanzreporting in den G7 Staaten muss über die Unterstützung hinaus jetzt in konkrete und harmonisierte Regelungen umgesetzt werden. Wir begrüßen, dass neben dem Klimaschutz explizit auf die Taskforce on Nature-related Financial Disclosures (TNFD) Bezug genommen wird. Die Staaten haben allerdings mit den Entwürfen der TNFD bereits Vorlagen zur Umsetzung vorliegen, auf die nicht erst gewartet werden muss.

#### 4. Grundprinzipien für Nachhaltigkeitsdefinitionen vereinbaren

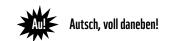


Die Chance wurde vollständig vergeben, dass sich die G7-Staaten auf die Harmonisierung ihrer unterschiedlichen Vorgehen zur Definition von Nachhaltigkeit verständigen.

Weltweit sind unterschiedliche derartige Taxonomien in Entwicklung oder bereits verabschiedet - die G7 haben hier die Chance und die Aufgabe nicht ergriffen, die Grundprinzipien abzustimmen. Zu diesen gehören die wissenschaftliche Grundlage, Orientierung auf Ziele und Transformationsbeiträge zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze, sowie Szenario-Anforderungen.









#### **5. Mobilisierung von Private Finance**



Es wurde keine Konkretisierung der Strukturen und Instrumente zur Mobilisierung privater Finanzflüsse über eine vage Absichtsformulierung hinaus vereinbart.

Das ist insbesondere deswegen kritisch, weil die Kapitalmarktakteure diese Art von Rahmenbedingungen benötigen, um eigene Investitionsentscheidungen zu treffen. Etwa USD 3 Billionen pro Jahr sind in Investitionen und Finanzierung zur Transformation zu leisten, was ohne private Finanzmittel nicht leistbar sein wird.



